

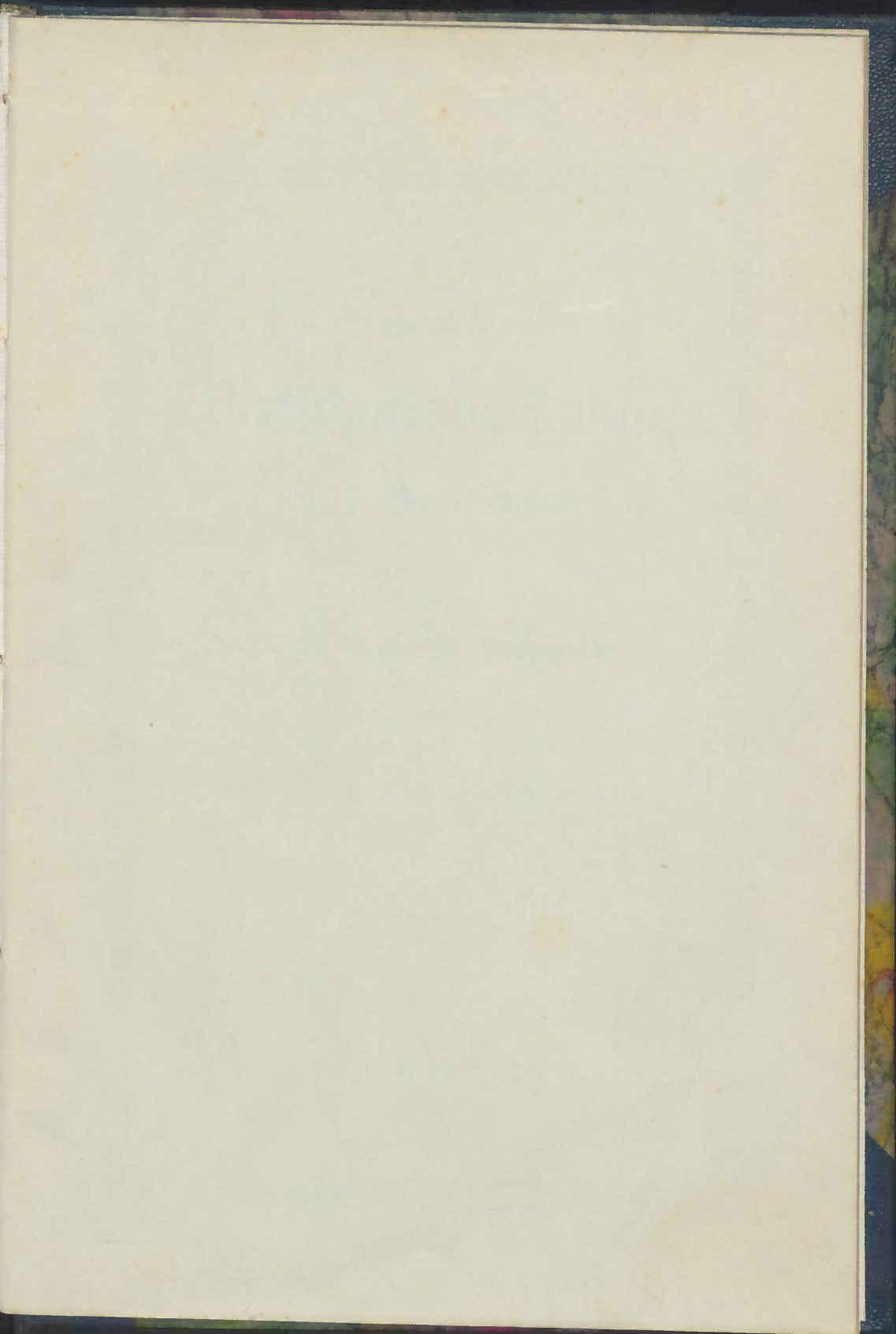
Sammlung von ...

I

11666

I 11666





Die Aenderungen unserer
Wirtschaftsverfassung
im 19. Jahrhundert.

Von
Prof. Dr. Eugen von Philippovich.

Separat-Abdruck aus der Wiener Wochenchrift „Die Zeit“.

Wien 1895.

Verlag „Die Zeit“, IX/3, Günthergasse 1.

Leipzig, in Commission bei Georg Heinrich Meyer.

Verlag „Die Zeit“ Wien, IX/3, Günthergasse 1.

Nährung und Weltkrise.

Ein Versuch zur Beseitigung des Geld-
monopols.

Von Michael Flürschheim.

Preis 60 kr. = 1 Mark.

Passive Eisenbahnen.

Ein Capitel zur Finanz- und Socialpolitik Oesterreichs.

Von Reichsrathsabgeordneten Prof. Dr. J. Raizl.

(Separatabdruck aus der Wiener Wochenschrift „Die Zeit“
Juni 1895).

Preis 30 kr. = 50 Pfennig.

Der bekannte Nationalökonom Prof. Raizl zeigt hier in gemeinverständlicher Sprache die Irrthümer der herrschenden Anschauung über die volkswirtschaftliche Bedeutung niedriger Eisenbahntarife bei Staatsbahnen auf. Kaufleuten, Industriellen, Nationalökonomern und Politikern ist die Lectüre dieser originellen Schrift aufs Wärmste zu empfehlen.

Gustav Diederichsen
Stiftung

Die Aenderungen unserer
Wirtschaftsverfassung
im 19. Jahrhundert.

Von

Prof. Dr. Eugen von Philippovich.

Separat-Abdruck aus der Wiener Wochenschrift „Die Zeit“.

Wien 1895.

Verlag „Die Zeit“, IX/3, Gluthergasse 1.

Leipzig, in Commission bei Georg Fehrich Meyer.

1 11666

Vortrag, gehalten im socialwissenschaftlichen Bildungsverein der Wiener
Universität am 31. Mai 1895.



Di

Druck von Bruno Bartelt, Wien, IX., Maximilianplatz 10.

Welches ist der staatliche und gesellschaftliche Zustand, in dem Oesterreich in das 19. Jahrhundert eintrat, wie verhält er sich zu dem, den das Ende des Jahrhunderts vorfindet?

Diese Fragen werden uns nicht nur durch den Umstand aufgedrängt, daß die nahe bevorstehende Vollendung des Jahrhunderts einen natürlichen Reiz zu rückwärtschauender Betrachtung wie Uebersetzung bietet. Es ist ja niemand im Zweifel, daß dieser Abschluß in der zeitlichen Eintheilung der Geschehnisse nichts weniger als einen Ruhepunkt in diesen selbst bedeutet, daß vielmehr die Ordnung unseres gesellschaftlichen Lebens weiter denn je von einem Zustande der Ruhe und Abgeschlossenheit entfernt ist. Aber eben darum ist es nicht bloß wünschenswert, sondern geradezu nothwendig, einen Rückblick auf die Zeiten zu werfen, aus denen unsere öffentlichen Zustände gekommen sind, weil wir hoffen dürfen, dadurch auf die Richtung aufmerksam gemacht zu werden, in die das Leben der Zukunft treiben wird. Wer nur die Gegenwart mit ihren Wünschen und Hoffnungen und das verwirrende Treiben der täglichen Interessenkämpfe verfolgt, gewinnt ja überhaupt keinen Maßstab für die Erscheinungen, oder nur einen solchen, der absolut, nach Ideen und Idealen, und darum sicherlich für die Beurtheilung des praktischen Lebens falsch mißt. Allerdings, sowenig der Einzelne sein Leben zweimal lebt, sowenig ein Volk. Die Betrachtung der Vergangenheit kann nicht den Sinn haben, daß wir in ihr das Bild der Zukunft erblicken sollen, ich will sie hier auch nicht als ein Mittel der Erziehung auffassen, indem wir an den Kämpfen und Bestrebungen, Erfolgen und Misserfolgen, Massenbewegungen und persönlichen Leistungen der Vergangenheit die Maße, an denen alles menschliche Thun gemessen werden will, und dadurch eine gerechtere und ruhigere Wertung lernen. Nein, schon die einfache Betrachtung der unserer Zeit vorausgegangenen Einrichtungen, der Ideen und Vorstellungen, auf welchen sie beruhten, der materiellen und geistigen Wirkungen, welche sie erreichten, und die Gegenüberstellung dessen, was in der Gegenwart ist und geleistet wird, drückt uns einen

Maßstab in die Hand, mit dem wir das Vergängliche und Entbehrliche von dem Nothwendigen und Bleibenden zu scheiden vermögen, mit dem wir die Stärke des Einflusses messen, den die im Vordergrunde der öffentlichen Meinung stehenden Ideen auf das gesammte Leben des Volkes nehmen können.

Ich will im Folgenden versuchen, dies zu zeigen, an einer Gegenüberstellung der volkswirtschaftlichen Organisation Oesterreichs vor hundert Jahren und heute. Die wirtschaftliche Verfassung der Völker trägt am deutlichsten das Gepräge ihres politischen und geistigen Zustandes. An ihr können wir nicht nur das Maß der materiellen Versorgung der Einzelnen, sondern vor allem auch die Wertung ermessen, welche die Gesellschaft dem Einzelnen zutheil werden läßt und den Einfluß, den ihre Classen auf die politische Führung gewonnen haben. In der Folge der Aenderungen in der Wirtschaftsverfassung treten endlich auch alle jene Aenderungen unserer gesammten Lebensverhältnisse auf, welche durch die Unsicherheit in der wirtschaftlichen Existenz der Einzelnen die socialen, und durch die Verschiebung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse die politischen Fragen der Gegenwart hervorgerufen haben. Nirgends würden wir deutlicher den Gegensatz verstehen lernen, der das Leben der Gegenwart von dem vor hundert Jahren trennt, als hier, und nur hier werden wir einen festen Standpunkt zur Beurtheilung der Bewegungen der Gegenwart finden können.

Der Gegensatz der heutigen Wirtschaftsverfassung und jener des 18. Jahrhunderts kann nicht schärfer charakterisirt werden, als durch die Gegenüberstellung ihrer Rechtsgrundlagen. Für die Gegenwart sind maßgebend einige Sätze des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867 über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger: „Vor dem Gesetze sind alle Staatsbürger gleich.“ „Die Freizügigkeit der Person und des Vermögens unterliegt keiner Beschränkung.“ „Jeder Staatsbürger kann an jedem Orte des Staatsgebietes seinen Aufenthalt und Wohnsitz nehmen, sowie unter den gesetzlichen Bedingungen jeden Erwerbszweig ausüben.“ Diese uns heute so geläufige und natürliche Auffassung der staatsbürgerlichen Gleichheit und ihrer wirtschaftlichen Freiheit ist der Wirtschaftsverfassung früherer Zeiten fremd. Wohl hatte im vorigen Jahrhundert der absolute Staat bereits den Begriff des Unterthanen im weiteren Sinne des Wortes gezeitigt und eine Unterwerfung aller Personen im Staate unter die Gewalt des Landesfürsten erreicht. Aber untereinander waren diese Personen von ver-

chiedenem Rechte. Kropatschek scheidet in seinem Werke „Oesterreichs Staatsverfassung“ (1794) die im Staate lebenden Personen in: 1. Herrschaften, 2. Unterthanen, 3. Bürger, 4. andere freie Menschen. Herrschaften sind die Besitzer von Gütern, die in die Landtafel eingetragen sind, zu deren Erwerb regelmäßig die Aufnahme in den Herren- oder Ritterstand eines Landes gehörte, also Adelige, auch Geistliche im Besitz von Grund und Boden, mit dem Rechte, Unterthanen zu besitzen. Unterthanen sind Besitzer von Grund und Boden, welche sowohl hinsichtlich ihrer Person wie ihres Grundes und Bodens einer Herrschaft untergeben sind, es sind die Bauern. Herrschaften und Unterthanen constituieren in ihren wechselseitigen Beziehungen die ländliche Verfassung. Bürger sind die Bewohner von unmittelbaren Städten oder Märkten, welche daselbst Besitz haben oder ein Handwerk oder sonstiges Gewerbe betreiben und von der Obrigkeit als Bürger aufgenommen sind, also die Classe der Gewerbetreibenden, der Handelsleute, Hausbesitzer. Die Gliederung der Bürger, ihre persönlichen Rechte und jene ihrer Unternehmungen constituieren die städtische Wirtschaftsverfassung, die Gewerbeverfassung. Die anderen freien Menschen, das sind die Beamten, Lehrer, Aerzte, Künstler u. s. w., sowie die auf dem Lande etwa vorhandenen Freisassen oder Freibauern spielen für den Charakter der volkswirtschaftlichen Organisation eine geringe Rolle. Wir können sie hier übergehen und uns im folgenden nur mit jenen beiden Gruppen beschäftigen.

Auf dem Lande sind die wirtschaftlichen Verhältnisse ganz durch die Beziehungen zwischen Herrschaft und Bauern bestimmt. Diese gründen sich auf die Besonderheit des bäuerlichen Eigenthumsrechtes. Der Bauer hatte an seinem Grund und Boden kein volles, sondern nur ein Untereigenthum, der Grundherr war Obereigenthümer. Wie das so gekommen ist, geht uns hier nichts an, genug, daß dieses Obereigenthum zurecht bestand und den Besitzer des herrschenden Grundstückes auch zum Herrn des Bauern machte, der auf dem dienenden Grundstücke saß. Für die Erhaltung der dienenden Grundstücke als gesonderter Wirtschaftskörper sorgte das Gesetz. Es waren nämlich bei den bäuerlichen Wirtschaften die Grundstücke, welche zu dem Bauernhofe gehörten, genau bezeichnet und untrennbar mit ihm verknüpft, sie waren bestiftet. Sie konnten nur mit Haus und Hof verkauft und vererbt werden. Nur in Ausnahmefällen durfte mit Bewilligung der politischen Behörde eine Abtrennung erfolgen.

Niemand durfte zwei bestiftete Bauerngüter zugleich besitzen. Kein Bauerngrund durfte zu dem Grunde des Grundherrn hinzuerworben werden. Es sollte also die Grundeigentumsverteilung stabilisiert bleiben.

Zwischen den Herrschaften und den Bauern gab es nun zwei Gruppen persönlicher Beziehungen, privatwirtschaftliche und solche, die den Interessen der öffentlichen Verwaltung entsprangen, die zu einem großen Theile auf dem Lande in die Hände der Herrschaft gelegt war. Sie übte die Civilgerichtsbarkeit in erster Instanz, sowie in ausgedehntem Maße die Strafgerichtsbarkeit aus. Sie konnte die Unterthanen wegen Nichtbefolgung obrigkeitlicher Aufträge strafen mit Arrest bei Wasser und Brot, mit Strafarbeit, mit Arrest oder Strafarbeit und gleichzeitiger Anlegung der Fußseisen, durch die Abstiftung von Haus und Hof, ja in vielen Fällen hat die Herrschaft auch die peinliche Gerichtsbarkeit zu Lehen gehabt. Sie war ferner Steuerbehörde, indem sie die Steuer umlegte und von dem Unterthanen einhob. Sie war Gewerbebehörde, indem sie auf dem Lande die Gewerbe zu verleihen hatte, sie übte das Patronat in Kirchen- und Schulanlagen, sie war also, wenn wir unsere heutigen Verhältnisse zur Verdeutlichung heranziehen wollen, Bezirksrichter, Steuerinspector und Bezirkshauptmann in einer Person. Wenn wir die Macht und den moralischen Einfluß bedenken, den heute noch jede einzelne dieser Behörden gegenüber dem freien Bauern besitzt, können wir den Einfluß ahnen, den der Grundherr auf seine Bauern auszuüben imstande war. Und doch war seine Machtsphäre mit diesen öffentlichen Berechtigungen noch nicht erschöpft. Denn die Herrschaft hatte noch als privatwirtschaftliches Wirtschaftsobject auf Grund des Obereigentums Ansprüche gegenüber den Unterthanen, und zwar konnte sie Abgaben und Dienste von ihnen fordern. Die Abgaben wurden geleistet als Zeichen der Anerkennung der Herrschaft, als Veränderungsgebühr beim Wechsel in der Person des Besitzers der Unterthanengründe u. s. w. Die Dienstpflcht gieng sehr weit. Im Grunde waren die Unterthanen zu allen Diensten verpflichtet, welche nicht verboten waren. Kropatschek erklärt ausdrücklich, daß die Unterthanen auch zu Diensten, welche nicht ausdrücklich formuliert sind, verpflichtet seien. Er meint, „daß die Obrigkeiten gegen Bezahlung des Lohndienstes die Unterthanen oder ihre Kinder, auch wenn sie keine Waisen mehr sind — bei Waisen war nämlich die Dienstpflcht ausdrücklich ausgesprochen — in ihre Dienste verlangen können, indem doch die Pflichten



gegen die Obrigkeiten allemal eine Rücksicht verdienen und dem keine Verordnungen entgegen sind", so daß die Herrschaft eine Art Vorkaufsrecht auf die Arbeitskraft ihrer Unterthanen zum ortsüblichen, d. h. von der Herrschaft selbst bestimmten Preise gehabt hätte. Die wichtigsten der Dienste waren aber die Robot oder Frohnden, d. h. Arbeiten zugunsten der Privatwirtschaft des Grundherrn, welche bald als Zugrobot, d. h. mit Pferden oder Ochsen, bald als Handrobot nur mit der Hand, bald als Fußrobot in Botengängen auf Grund der ausdrücklich anerkannten Verpflichtung des Unterthanen verrichtet wurden. Der Zweck ist zumtheil bestimmt, z. B. spinnen, ackern, pflügen, bei der Jagd helfen u. s. w. oder unbestimmt, dann kann nach dem Belieben des Grundherrn die Arbeit verlangt werden zu welchen Zwecken immer. Die Robot gewährte also dem Grundherrn die unentgeltliche Verfügung über die Arbeitskräfte seiner Unterthanen zu seinem persönlichen wirtschaftlichen Vortheile. Das Maß der Robotleistung war durch Herkommen entschieden, zu unserer Zeit auch bereits durch Gesetze festgesetzt. Es sollen in der Woche nicht mehr als 3 Tage, im ganzen Jahre nicht mehr als 106 Tage gefordert werden. Die Arbeitszeit war vom April bis September auf 12 Stunden, von da bis Ende März auf 8 Stunden täglich festgesetzt.

Die Eintreibung der Giebigkeiten und Dienste galt nicht als eine private, sondern als eine öffentliche Angelegenheit. So erklärt das Hofdecret vom 2. Februar 1790: „Wenn die vorausgegangene gütliche Warnung und Ermahnung nicht versagen sollte, und die Unterthanen in ihrer Widerseßlichkeit beharrten, sollen diese des politischen Verhältnisses wegen als widerspänstige und den höchsten Anordnungen die schuldige Folge nicht leistende Unterthanen durch Militärassistenten zur Verrichtung der Arbeiten gezwungen werden; jene, die sich gegen das Wirtschaftsamt, die Obrigkeit oder wohl gar gegen das kaiserliche Kreisamt selbst unanständig betragen, werden mit Stockstreichen gezüchtigt, die Urheber oder Rädelshführer aber, welche eine solche schädliche Weigerung etwa geflüßentlich angesponnen und andere dazu verleitet hätten, als Störer des öffentlichen Ruhestandes dem Criminalgerichte zur weiteren Aburtheilung übergeben.“ So war also auch das private Dienstverhältnis des Unterthanen zu dem Grundherrn öffentlich, und zwar im Sinne einer Unterwerfung jenes unter diesen geregelt. Allerdings hatte der Unterthan auch gegenüber dem Grundherrn Ansprüche, allein sie waren geringfügig. Graf Barth-Bartenstein kann in einer Darstellung des Verhältnisses der Unterthanen zu den Obrig-

keiten nur aussindig machen ein Recht auf Vertretung durch die Obrigkeit in gewissen Criminalfällen, ein Recht auf Unterstützung im Falle vollständiger Verarmung und fügt endlich noch hinzu das Recht auf Ersatz des ihnen von ihrer Grundherrschaft zugefügten Schadens, eine Anführung, die uns selbstverständlich erscheinen müßte, wenn nicht gerade aus ihr hervorgienge, daß auch selbstverständliche Rechte den Unterthanen von ihrer Grundherrschaft bestritten worden sein dürften.

Außer dieser Stellung der Herrschaften gegenüber den Unterthanen kommen zur Charakterisierung der ländlichen Verfassung und des allgemeinen gesellschaftlichen Zustandes noch besondere Vorrechte in Betracht, welche den Grundherren zustanden. So das Recht der Verleihung der Gewerbe auf dem Lande, das Recht, Wirtschaftshäuser zu errichten und Wein und Bier oder Brantwein auszuschänken, das ausschließliche Recht des Brantweinbrennens und Bierbrauens, wie auch das Recht der Müllerei, der Bäckerei u. s. w., wodurch die Grundherren vielfach auf dem Lande ein Lebensmittelmonopol besaßen. Ein ausschließliches Vorrecht hatten sie auch auf die Jagd. Sogar dem Militär war das Jagen verboten, umsomehr natürlich dem Bauern- und dem Bürgerstande, „dem dadurch“, wie es im kaiserlichen Patente vom 28. Februar 1786 heißt, „nur Gelegenheit gegeben würde, Wirtschaft und Gewerbe zu vernachlässigen.“ Dem Grundherrn gegenüber kam eine solche Beforgnis natürlich nicht zum Ausdruck, denn er war in den Augen des Staates nicht ein privates Wirtschaftsobject, sondern öffentlicher Functionär, sein Beruf war nicht die Landwirtschaft, sondern die Herrschaft. Der Grundbesitz war nur der Titel für die letztere. Die Grundbesitzer, d. h. der Adel, da die wenigen bürgerlichen Besitzer nicht in Betracht kamen, waren thatsächlich und rechtlich die geborenen Herrscher des Volkes.

Die Wirtschaftsverfassung des bürgerlichen Lebens in den Städten und Märkten war freier. Persönliche Bindungen, die der Erbunterthänigkeit geglichen hätten, fehlten. Aber doch war die Organisation sowohl des Gewerbes wie des Handels reguliert. Mannigfache Gesichtspunkte waren es, von denen diese Ordnung ausgieng. Die Zahl der Gewerbe sollte nicht zum Nachtheile der schon bestehenden über Erdornis vermehrt werden, damit nicht ein Gewerbsmann durch den anderen zugrunde gerichtet werde. Niemand, der schon ein radicirtes (mit Grund und Boden verbundenes) Gewerbe besaß, sollte ein gleiches ad personam verliehen bekommen. Ein Ehepaar sollte nicht zwei Gewerbe haben

Die Personalgewerbe waren nicht erblich, es hatten also die Kinder kein Recht auf den Betrieb nach dem Tode des berechtigten Elterntheils, es wurde als eine besondere Vergünstigung betrachtet, daß, wenn Söhne mit den erforderlichen Eigenschaften vorhanden waren, diesen unter sonst gleichen Umständen das Gewerbe verliehen wurde. Die Gewerbe konnten daher auch nicht veräußert werden, sie konnten nicht verpachtet werden. Diese allgemeinen Grundsätze für die Zulassung zum Gewerbebetriebe fanden dann eine Vermehrung durch zahlreiche specielle Rücksichten. So dürfen z. B. aus Gründen der öffentlichen Sicherheit Buchhandlungen bloß in den Hauptstädten der Provinzen oder in solchen Städten errichtet werden, wo ein Kreisamt seinen Sitz hat. Zur besseren Versorgung des Publicums war auf die gleichmäßige Vertheilung aller Handelsgewerbe in den Städten zu sehen, „den entlegenen Stadttheilen sind die unentbehrlichsten Gewerbe zuzuweisen und mit der erteilten Befugnis ist nicht selten die Verpflichtung zu einem bestimmten Standort verbunden.“ (Kopeck.) Zur Verhütung des Holzmangels wurden Beschränkungen angeordnet in der Anlegung von Kalk-, Gips- und Zieglbrennereien, Glashütten, Eisenhämmern. Wegen gestiegenen Mietzinses wurde den Kaffeesiedern in Wien untersagt, ihr Gewerbe in den ersten Stock zu verlegen. Diese Beispiele zeigen zur Genüge, daß die Obrigkeit nach Gründen nicht suchen mußte, um auf die Ordnung der Gewerbebetriebe Einfluß zu nehmen. Freilich gab es eine Gruppe von Gewerben, die Fabriken, welche auch damals zwar concessionspflichtig, aber doch schon frei von bureaukratischen Ordnungen waren. Allein der große Stock aller Gewerbe lag doch noch in den kleineren Betrieben und hier insbesondere in jenen, welche der zünftigen Organisation unterworfen waren, in welchen daher zu dem staatlichen Einflusse noch derjenige kam, den die corporative Verfassung in die Hände der selbständigen Meister der einzelnen Gewerbebetriebe gelegt hatte. Greifen wir hier nur denjenigen Punkt heraus, der heute vor allem geeignet erscheint, eine Umbildung der gewerblichen Organisation herbeizuführen, die Arbeitsverfassung.

Die Hilfsarbeiter waren Lehrlinge oder Gefellen. Zwischen diesen beiden Stufen lagen die Gefellenprüfung und die Wanderjahre. Nach dem Gefellenthum erfolgte nach Ablegung einer Meisterprüfung die Möglichkeit des selbständigen Betriebes. Als Gefellen sind sie aber nicht bloß in dem Arbeitsverhältnisse der Zunftvorsteherung, beziehungsweise ihren Meistern unterworfen, sie müssen sich auch in ihrer persönlichen

Lebensführung in die Regeln der Zunft schicken. Sie haben sich ehrlich, friedsam und gottesfürchtig zu betragen, bei sonstiger Strafe durch die Zunft. Sie haben Winters um 9 Uhr, im Sommer um 10 Uhr in dem Hause des Meisters zu sein. Das Heiraten ist ihnen zu erschweren, eventuell gar nicht zu gestatten. Das Einstellen der Arbeit ohne gehörige Kündigung wird bestraft. Die Verabredung, gegen keinen geringeren als einen von den Gesellen vorher verabredeten Lohn zu arbeiten, wird bestraft. Der Versuch, durch gemeinsame Verabredung einen Druck auf die Meister auszuüben, gilt als Aufwiegelei und wird bestraft. Das ganze Arbeitsverhältnis ist daher einer autoritären Ordnung unterworfen und trägt einzelne Züge eines patriarchalischen Charakters. Jedenfalls kann noch weniger von einer Freiheit der Bewegung bei den Hilfsarbeitern die Rede sein, denn bei den selbständigen Meistern.

Der Handel ist frei gegeben nur mit einzelnen Gegenständen der Rohproduction, Getreide, Wein, Butter, Flachs, Wolle u. s. w. Im übrigen ist er beschränkt, nur auf Grund einer Verleihung seitens der Obrigkeit zu betreiben, und diese Verleihung wird wieder nur in ganz bestimmten Grenzen gewährt für den Großhandel, für den Kleinhandel, für Krämer oder Hausierer, Begriffe, die verwaltungsrechtlich genau abgegrenzt waren. Die Großhändler mußten einen Handlungsfond von 30.000 Gulden ausweisen, sie waren frei und konnten sich in beliebiger Zahl niederlassen. Die kleinen Händler mußten Bürger werden, bis 1780 mußten sie sogar katholisch sein und zehn Jahre in dem Orte ihres Handelsbetriebes ansässig sein. Ein Recht auf die Ausübung eines Handelsbetriebes hatte man auch bei Erfüllung dieser Bedingungen nicht. Die Obrigkeit konnte die Erlaubnis gewähren oder verweigern nach eigenem Ermessen, immer aber erfolgte die Zuthellung nur für einen bestimmten Handelsgegenstand und jeweils war für jede einzelne Händlergruppe die Nachweisung eines bestimmten Handlungsfonds erforderlich. So mußten z. B. Tuchhändler 10.000 Gulden, Spielwarenhändler 8000 Gulden Handlungsfond nachweisen. Genau geregelt waren auch die Märkte, wo die wichtigsten Gegenstände des täglichen Lebensbedarfes feilgeboten wurden. Die Wiener Marktordnung von 1792 verbietet den Gewerbsleuten, im Sommer vor 10 Uhr, im Winter vor 11 Uhr auf den hiesigen Märkten von den dieselben besuchenden ursprünglichen Erzeugern und Landleuten Feilschaften abzulösen. Es wird ihnen weiters verboten, den auf die Märkte kommenden Parteien entgegenzugehen, ihnen aufzupassen und überhaupt in oder vor den Linien,

sei es unterwegs in Häusern, Wirtshäusern oder auf offener Gasse auf was immer für eine Art Feilschaften vorzukaufen und sie somit den hiesigen Marktplätzen zu entziehen. Es sollte also eine bestimmte zeitliche Ordnung in Bezug auf den Zutritt der verschiedenen Gruppen von Kauflustigen auf dem Markte gewahrt werden. Dies trat besonders deutlich hervor in der Marktordnung von 1793 in Bezug auf die in Schiffen in Wien einlangenden Feilschaften. Diese gebietet, daß im Sommer bis 9 Uhr früh allein das Publicum, von 9 bis 10 Uhr die bürgerlichen und ordentlichen befugten Geschäftsleute, von 10 bis 12 Uhr die Händler kommen dürfen; von 12 bis halb 5 Uhr nachmittags ist der Markt wieder für das Publicum, von da bis halb 6 Uhr wieder den Gewerbsleuten und später abends wieder den Händlern geöffnet. Wir haben also hier den Versuch vor uns, die unmittelbaren Consumenten vor den Zwischenhändlern zu schützen und ihnen den unmittelbaren Einkauf sicher zu stellen.

Der auswärtige Handel endlich ruhte auf dem Prohibitivsystem. Die Einfuhr aller Waren, von welchen man annahm, daß sie bereits im Inlande in hinlänglicher Qualität und Quantität erzeugt werden könnten, war verboten.

Die im Vorhergehenden in ihren äußeren Gliederungslinien charakterisierte Wirtschaftsverfassung hatte ihre bestimmten Voraussetzungen. Sie war nur möglich innerhalb einer wenig dichten Bevölkerung ohne lebhaften Verkehr, ohne große Wanderungen, deren persönliche und wirtschaftliche Beziehungen sich im engen Kreise entwickelten und daher für die mit ihrer Ordnung betrauten Obrigkeiten übersehbar blieben. Sie setzte einen Beharrungszustand der Bewirtschaftungsmethoden voraus, in dem das Persönliche den bestimmenden Platz einnahm und alte Sitte wie altes Recht nicht durch Neuerungen der Technik und des Betriebes gefährdet oder unmöglich gemacht wurden. Sie mußte endlich auch in den Vorstellungen der Menschen ihren festen Halt haben, die verschiedenartigen Abgrenzungen der Freiheitsstellungen und Rechtssphären mußten als nothwendige Bedingungen der Existenz des Gemeinwesens und daher als unabänderliche Fesseln unseres beschränkten irdischen Daseins erscheinen. Wir wissen, daß dem so war, daß von einer österreichischen Volkswirtschaft — der Zusammenfassung der ganzen Bevölkerung des Staates zu einem großen wirtschaftlichen Interessenverbande — keine Rede sein konnte. War doch die an sich nicht bedeutende Bevölkerungsgröße — ganz West-Oesterreich, abzüglich

Galizien, der Bukowina und Dalmatien zählte 1800 nur 8.5 Millionen Menschen — nicht einmal für die Heeresorganisation faßbar, sodaß bei Ausbruch des siebenjährigen Krieges die österreichische Armee nur 50.000 Mann stark war. Es gab keinen festen wirtschaftlichen Zusammenhang zwischen den einzelnen Theilen des Volkes, es vollzog sich vielmehr das wirtschaftliche Leben in räumlich beengten Gebieten und das ist angesichts der Schwierigkeiten, welche damals noch der Raumüberwindung im Wege standen, nicht zu verwundern. Von Wien nach Triest brauchte man für den Eilverkehr 10 Tage, für den Warenverkehr 14 Tage, bis Hamburg brauchte man 16, bis Straßburg 12, bis Breslau 6—7 Tage. Die gegenseitige Beeinflussung der verschiedenen Wirtschaftsgebiete war dadurch beeinträchtigt und daher auch die in der Gebundenheit der wirtschaftlichen Verhältnisse liegende Schranke weniger fühlbar. Die außerordentliche Schwäche einer solchen Wirtschaftsorganisation zeigte sich für den Staat in ihrer geringen finanziellen Leistungsfähigkeit. 1795 konnten von den Ausgaben des ganzen Kaiserstaates in der Höhe von 136 Millionen Gulden nur 68 Millionen durch ordentliche Einnahmen gedeckt werden.

Dies war die Wirtschaftsverfassung, wie sie zu Ende des vorigen Jahrhunderts als Ausfluß des gegebenen gesellschaftlichen und politischen Zustandes zu Recht bestand und, allerdings in allmählichem inneren Zerfall, bis in die Mitte unseres Jahrhunderts noch andauerte. Der Proceß der Auflösung und Umbildung gieng allmählich vor sich. In der Regel ist ja ein herrschendes System schon innerlich erschüttert und in vielen einzelnen Fragen im Sinne eines neuen Grundprinzips geändert, bevor die entscheidende Anerkennung des letzteren erfolgt. Auf unserem Gebiete zeigte sich dies in den zunehmenden Maßregeln eines Bauernschutzes und in den Bestrebungen zur Herbeiführung der persönlichen Freiheit der Erbunterthänigen im vorigen Jahrhundert, in der Handhabung der Gewerbevorschriften im Sinne einer größeren Freiheit, in der Aenderung der Verwaltungspraxis, die in dubio immer gegen die älteren Ordnungen und Zwangsvorschriften entschied. Die Gründe dieses Umschwunges waren zum Theil ideologische — die Anerkennung der staatsbürgerlichen Freiheit und Gleichheit als Normen der Gerechtigkeit bereitete sich in den Köpfen der Menschen vor, und noch ehe diese Grundsätze ihre rechtliche Fixierung gefunden hatten, war bereits in der Vorstellung weiter Kreise der Unterschied zwischen Herrschaften, Unterthanen, Bürgern und anderen freien Menschen ver-

schwanden. Zum Theil aber waren es technische und volkswirtschafts- politische Ursachen, welche andere Formen des Wirtschaftslebens nothwendig machten. Mit dem Wachsthum der Bevölkerung wurde es schwieriger und endlich unmöglich, jedem von obrigkeitlichen Wegen seinen Platz anzuweisen, mit dem Zunehmen wirtschaftlicher und technischer Neuerungen, die den alten Ordnungen widersprachen, wuchs der Widerstand gegen das Reglementiren und nahm die Fähigkeit der autoritären Organe ab, durch bürokratischen Entscheid widerstrebende wirtschaftliche Interessen in Harmonie zu setzen. Endlich trieb der wachsende Staatsbedarf zu steigenden Anforderungen an die Finanzen, was wieder eine Erhöhung der wirtschaftlichen Kraft der Bevölkerung voraussetzte, die bedingt war durch die Annahme neuer Formen der Wirtschaftsverfassung.

Es hat über ein halbes Jahrhundert gebraucht, bis das, was innerlich bereits zerstört war, auch äußerlich zusammenbrach, und zwar schließt dieser Zusammenbruch an die Bewegung des Jahres 1848 an. So wenig sonst der im Jahre 1848 in Wien versammelte Reichstag gewirkt hat, so hat er doch den Eckstein des alten Gesellschaftsbaues ausgebrochen, indem seine Beschlüsse zu dem Gesetze vom 7. September 1848 führten, das in seinem § 1 sagte: „Das Unterthänigkeits- und das Schutzobrigkeitsverhältnis ist sammt allen diese Verhältnisse normierenden Gesetzen aufgehoben.“ Mit einem Federstrich war dadurch die ganze ländliche Verfassung beseitigt, der Bauer aus der Rolle eines zweifach Untergebenen dem Grundherrschaft gegenüber befreit und das volle Privateigenthum an seinem Grund und Boden für ihn sichergestellt. Die allerdings niemals praktisch gewordene Reichsverfassung vom 4. März 1849 hat dann ausdrücklich die Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze anerkannt und diesen Grundsatz wagte das Patent vom 31. December 1851, das jene Verfassung aufhob, doch nicht umzustößen. Auf dem Gebiete des auswärtigen Handels trat die Aenderung im Verbotssysteme im Jahre 1851 ein, für die innere Handelsorganisation sowie für den Gewerbebetrieb hob die Gewerbeordnung vom 20. December 1859 die früheren Beschränkungen auf, indem sie verfügte, daß alle Gewerbe, welche nicht ausdrücklich im Gesetze als concessionierte aufgeführt sind, gegen bloße Anmeldung von jedem betrieben werden können, der sein Vermögen selbst zu verwalten berechtigt ist. An concessionierten Gewerben kannte das Gesetz nur 14, bei denen öffentliche Rücksichten die Nothwendigkeit begründeten, die Gestattung ihrer Ausübung von besonderen Bedingungen

abhängig zu machen. Alle übrigen Gewerbebetriebe waren nunmehr frei, und freigestellt war auch die Arbeitsverfassung, indem das Arbeitsverhältnis aus einem öffentlich-rechtlichen Institute zum Objecte eines privatrechtlichen Vertrages gemacht wurde. Es heißt im § 72 der Gewerbeordnung: „Die Rechtsverhältnisse zwischen den Gewerbetreibenden und ihrem Hilfspersonale sind, insofern nicht das gegenwärtige Gesetz besondere Bestimmungen enthält, nach den Bestimmungen des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches zu beurtheilen.“ Das heißt, an die Stelle eines autoritär geordneten patriarchalischen Verhältnisses trat der freie Arbeitsvertrag gleichberechtigter Individuen, deren Beziehungen von Fall zu Fall auf Grund ihres Vertrages zu beurtheilen sind. Auf die übrigen, den Uebergang Oesterreichs zu dem System der freien Wirtschaftsverfassung bezeichnenden Gesetze auf dem Gebiete des Vereinswesens, des Handelsverkehrs, des Börsenverkehrs, des Actienwesens, sowie auf dem Gebiete des politischen Lebens hier einzugehen, würde zu weit führen. Es sei nur noch hervorgehoben, daß in den Staatsgrundgesetzen des Jahres 1867 die zwanzigjährigen Bestrebungen zur Umwandlung der gebundenen in die freie Wirtschaftsverfassung ihren stärksten Niederschlag gefunden haben, und daß das Reichsgesetz vom 27. Juni 1868 und die sich daran anschließenden Landesgesetze über die Aufhebung aller Beschränkungen der Freiheitlichkeit und freien Vererbung den Schlüsselstein bildeten für die Befreiung des Grundes und Bodens von den Schranken der früheren Zeit.

Diese Umgestaltung der rechtlichen Verfassung der Volkswirtschaft war von einer ebenso tiefgreifenden Veränderung ihrer inneren Structur, ihrer Leistungsfähigkeit, der Bildung und Vertheilung des Volkseinkommens, der Productionsformen, der herrschenden Gesichtspunkte in der Führung der Wirtschaft begleitet. Man würde aber fehl gehen, wenn man alle diese Veränderungen, auf deren hervorstechendste Züge im weiteren aufmerksam gemacht werden soll, als Folgeerscheinungen der neuen Wirtschaftsverfassung des liberalen Systems bezeichnen wollte. Wohl geschieht es häufig, ja mit bequemer Wiederholung eines Schlagwortes möchte man gerne das Un- und Auf der heutigen wirtschaftlichen und socialen Noth den Grundfägen der nach und nach verwirklichten Verkehrs- und Gewerbefreiheit zuschreiben. Eine ernstere und tiefere Betrachtung, die sich nicht mit dem post hoc ergo propter hoc der Halbgebildeten begnügt, führt aber zu dem Schlusse, daß die Gewerbefreiheit vielmehr selbst die Folge einer Reihe von Thatfachen ist, die sie hervorgebracht haben soll. Als primäre Kräfte der Entwid-

lung treten hier, wie immer und überall, neben den ideologischen Momenten das Wachsthum der Bevölkerung und die Productionstechnik auf. Jedermann ist es klar, daß eine Stadt von 1½ Millionen Einwohnern anders verwaltet werden muß, als ein Städtchen von 20.000 Einwohnern. Eine dem Einzelbedürfnis möglichst entsprechende individualisierende Verwaltung ist wohl hier, nicht aber dort möglich. Je mannigfaltiger die Berührungen zwischen den Menschen werden, die zu Interessenconflicten und Einnengungen der Vertreter der Gesamtheit Anlaß geben, desto mehr müssen vorausbestimmende Ordnungen zurücktreten. Das klingt widerspruchsvoll, ist es aber nur scheinbar. Die Lösung liegt darin, daß in solchen Fällen die Gesamtheit sich darauf beschränkt, als letztinstanzliches Organ aufzutreten, die Einzelausführungen aber der Selbstverwaltung überläßt. Darum treibt auch im Staate das Anwachsen der Bevölkerung zum Liberalismus. Dieses Wachsthum der Bevölkerung hat man auch in Oesterreich schon zu Beginn des Jahrhunderts gespürt. Graf Zinzendorf meinte 1787 bei Einführung der neuen Häusersteuer, diese könne man, da man doch sonst gegen indirecte (Consum-) Abgaben eingenommen sei, jene Steuer aber den Wohnungsconsum vertheuere, bloß unter dem Vorwand entschuldigen, „um den der Bevölkerung des flachen Landes nachtheiligen allzugroßen Zulauf in die Hauptstädte in etwas zu schwächen und dem entgegenzuwirken.“ Von 1801—1813 fanden wiederholt Verathungen der Regierung in Wien statt über die Frage, „wie der hiesigen übermäßig anwachsenden Bevölkerung vorgebogen werden könnte“ und Kaiser Franz hat durch zwei Cabinetsschreiben angeordnet, daß man zu diesem Zwecke die Errichtung von Fabriken und die Verleihung von Meisterrechten in Wien und Vorstädten einstellen solle. Entwickelt sich ferner die Technik der Production zu größerer Vollkommenheit, so ist keine Macht imstande, sie auf die Dauer fernzuhalten, zumal bei wachsender Bevölkerung, da ja von ihr die vollkommenere Versorgung der Menschen mit Producten abhängt. Darum sind überall die Fabriken bei ihrem Entstehen begünstigt worden und schon hundert Jahre vor der rechtlichen Anerkennung der Gewerbefreiheit hat man sich auch in Oesterreich bemüht, sie durch Privilegien ins Land zu ziehen und ihnen, wie dem Exporthandel vollkommene Freiheit zu gewähren. Der Großbetrieb ist vor der Gewerbefreiheit da. Er führt zur Gewerbefreiheit. So wäre noch manches zu erwähnen, was scheinbar als Folge der Gewerbefreiheit,

thatsächlich aber als die sie entwickelnde Kraft anzusehen ist. Natürlich bleibt aber die Thatsache bestehen, daß jene Kräfte, welche die Gewerbefreiheit erzeugten, im Zustande der Gewerbefreiheit mit verstärkter Gewalt wirksam sind. Nur muß man sich darüber klar sein, daß die vorhandenen Zustände, welche man als Folgeerscheinungen des bestehenden Wirtschaftssystems zu betrachten gewohnt ist, nicht durch Rückkehr zu alten Formen überwunden werden können, weil, abgesehen von unserer geistigen Verfassung, noch immer dieselben Ursachen wirksam sind, welche jene Formen gesprengt haben und neue Thatsachen hinzutreten sind, die mit der Wiederherstellung der älteren Wirtschaftsverfassung unvereinbar sind, wie die Einbeziehung unserer Volkswirtschaft in den Weltverkehr und das gewaltige Anwachsen des Geldcapitals. Beschränken wir uns auf diese beiden und die oben erwähnten Momente, um an ihnen die Entwicklung unserer Volkswirtschaft in der Zeit der freien Wirtschaftsverfassung darzuthun.

Die Bevölkerung Oesterreichs (Eisleithaniens) hat sich seit 1800 etwa verdoppelt, von 1850 bis 1893 ist sie von 17.5 auf 23.8 Millionen, also um 36 Procent gestiegen. Die Vertheilung des Zuwachses von 6 Millionen ist charakteristisch, er drängt in die städtischen, industriellen Centren. Im Jahre 1843 gab es erst 7 Ortschaften mit mehr als 20.000 Einwohnern, 1892 aber 32. Und während 1843 darin nur 4.2 Procent der Bevölkerung, also der fünfundschwanzigste Theil wohnten, beherbergten sie 1893 12 Procent, das ist den achten Theil. Dabei sind es nicht nur die ganz großen Städte, welche einen starken Zuwachs aufweisen. Allerdings ist die Einwohnerzahl von Wien von 340.500 im Jahre 1858 auf 1,263.000 in demselben Gebiete 1890 gestiegen und haben Graz, Triest, Brünn, Lemberg ihre Einwohnerzahl seit 1850 verdoppelt, allein kleinere Industriestädte sind stärker gewachsen.

So hat Aussig in den letzten fünfzig Jahren seine Bevölkerung verzehnfacht (von 2127 auf 23.646), Pilsen mehr als verfünffacht (von 9592 auf 50.221) u. s. w. Dieses Wachstum der Städte wird andauern. Das flache Land ist gesättigt und wird nur durch die Entwicklung von Industrien eine Zunahme behaupten können. Es gibt bereits jetzt dauernd seinen Ueberschuß an die Städte ab, wie die Gegenüberstellung der Zählung von 1880 und 1890 beweist. Während in diesem Zeitraum die Bevölkerung der kleineren Orte nur um sieben Procent gewachsen ist, hat jene der Städte mit über 10.000 Einwohnern um 33 Procent zugenommen. Wer in den Städten nicht Platz findet, wandert aus. Wenigstens 40.000 Oesterreicher verlassen gegen-

wärtig jährlich ihre Heimat, während vor 20 Jahren in den überseeischen Häfen erst 4000 österreichische Einwanderer jährlich gezählt wurden. Das Verlangen nach Verbesserung der eigenen Lage, der Wunsch die beste Erwerbsgelegenheit aufzusuchen, einem ungünstigen Stande der Arbeitsgelegenheiten auszuweichen, ruft eine stete innere Wanderbewegung hervor. Während 1857 noch 900 von 1000 Bewohnern in ihrem Aufenthaltsorte heimatberechtigt waren, sind es 1890 nur mehr 639. Also eine fortwährend wachsende, in die Städte, Industrie-, Handels- und Verkehrsbetriebe strömende, bewegliche, rasch fluctuierende Bevölkerung, das ist die Elementarthatsache, mit der die Wirtschaftsordnung unserer Zeit zu rechnen hat. Sie zu ändern liegt nicht in menschlicher Hand, die Kunst des Staatsmannes besteht nicht darin, den vergeblichen Versuch zu machen, sie zu beeinflussen, sondern sie hinzunehmen und seine Politik ihr anzupassen.

Die wirtschaftliche Production der Gegenwart mit jener der Vergangenheit zu vergleichen ist schwierig, da wir keine Productionsstatistik besitzen. Allein wir haben doch einige Anhaltspunkte, die uns zu Schlüssen berechtigen. Dafs noch vor fünfzig Jahren die Bevölkerung Oesterreichs überwiegend dem landwirtschaftlichen Berufe angehörte und Oesterreich Rohstoffe exportierte, ist zweifellos. Auch heute leben noch 56 Procent der ganzen Bevölkerung von der Land- und Forstwirtschaft. Aber sie producieren nicht mehr soviel, als die Gesamtheit verzehrt. Nach verlässlicher Schätzung haben wir schon im Jahrzehnt 1884—1889 durchschnittlich jährlich an 11·3 Millionen Metercentner Getreide mehr consumiert als sie produziert hatten. Wir stehen an jener Grenze des Ueberganges zum Industriestaat, die England vor hundert Jahren, Deutschland in den Siebzigerjahren überschritten hat. Dafs ein Volk jemals wieder ohne gleichzeitige Vernichtung seiner ganzen Cultur über diese Grenze zurückgewichen wäre, dafür hat die Geschichte kein Beispiel. Auch hier stehen wir vor einer Elementarthatsache, die für unsere Wirtschaftsverfassung bestimmend werden wird. Dafs die gewerbliche Production an sich bedeutende Fortschritte gemacht hat, zeigt uns der steigende Verbrauch von Roh- und Hilfsstoffen und das Wachsen des Verkehrs. An Kohlen wurden 1839 bis 1848 durchschnittlich 6·4 Mill. Mtc. jährlich verbraucht 1892 aber 254·3 Mill. Der Verbrauch an Roheisen in jener Zeit betrug jährlich 3, 1892 6·3 Mill. Mtc. An Baumwolle wurden in dem Decennium 1841 bis 1850 durchschnittlich jährlich 0·2 Mill. Mtc. consumiert, 1892

1,150.000 Mtc. Während 1847 auf einen Kilometer Eisenbahn nur 7035 Mtc. Fracht kamen, entfielen auf dieselbe Grundeinheit im Jahre 1892 5 Millionen Metercentner und das bedeutet nicht etwa eine Steigerung, die nur durch die Zunahme der Eisenbahnen gegenüber den Landstraßen zu erklären ist, weil sich gleichzeitig das Land- und Bezirksstraßennetz von 49.375 Kilometer auf 63.365 vermehrt hat. Und wenn wir die Handelsbewegung verfolgen, so bemerken wir, daß im Jahre 1851 die Ein- und Ausfuhr einen Wert von 294 Mill. Gulden repräsentierte, 1892 aber von 1446 Mill. Gulden, also fast das fünffache. Zweifellos handelt es sich hier nicht nur um todte, volkswirtschaftlich indifferente Güterbewegungen, sondern um eine reelle Steigerung der gesammten, dem Verbrauch zugeführten Gütermassen über das Maß der Bevölkerungsbewegung hinaus, und zwar um eine Steigerung, die uns zugleich einen Beweis dafür gibt, daß die Verschlingung der einzelnen Wirtschaftsgebiete in Oesterreich selbst und mit dem Auslande außerordentlich zugenommen hat, wie dies ja auch ganz erklärlich ist durch die ungeheuren Erleichterungen, die der Verkehr sowohl auf dem Land- als dem Wasserwege in den letzten Jahrzehnten erfahren hat.

Wir verstehen es heute, wo uns von Europa aus 168 Dampferlinien mit allen überseeischen Plätzen verbinden, kaum mehr, daß vor 1847 noch von keinem continentalen Hafen Europas aus ein Dampfschiff nach überseeischen Gebieten verkehrte, daß es noch nicht 40 Jahre her sind (1857), seit von Bremen der erste Dampfer auslief. Es sind erst 30 Jahre her (1866), daß das erste transoceanische Kabel gelegt wurde und heute verbinden uns 1168 unterseeische Kabel mit allen anderen Erdtheilen und wir können noch an demselben Tage von den Ereignissen vernehmen, die sich bei unseren Antipoden vollzogen haben. Anfangs dieses Jahrhunderts betrug die Fahrtdauer nach Nordamerika noch 60 bis 70 Tage, mit der Wartezeit im Hafen wohl auch 12 Wochen. 10 bis 12 Procent Sterbefälle unter den Passagieren waren die Regel. Die Ueberfahrtsverträge enthielten ausdrücklich eine Bestimmung darüber, daß, wenn der Passagier während der zweiten Hälfte der Fahrt sterben sollte, der Fahrpreis verfallen wäre, während, wenn er während der ersten Hälfte starb, der Fahrpreis rückvergütet würde. Unter solchen Umständen war eine Fahrt in überseeische Gebiete in der That ein Wagnis, ein lebhafter Verkehr daher nicht möglich. Heute können wir von Wien aus in 8 bis 9 Tagen schriftliche Nachrichten von New-York haben, so daß es für den Personenverkehr wie für den Warenverkehr von Wien nach New-York nicht so

weit ist als zu Anfang des Jahrhunderts, ja vielleicht noch in der Mitte des Jahrhunderts nach Hamburg oder Triest. Das heißt New-York, das große Ausfallsthor und andererseits der große Importhafen der Vereinigten Staaten, dieses ungeheueren leistungsfähigen Produktions- und zahlungsfähigen Consumtionsgebietes, liegt heute für den Verkehr in einer Entfernung vor uns, welche vor 50 Jahren einem Hafen unserer Monarchie selbst zukam. So sind uns alle weltwirtschaftlichen Handelsplätze nähergerückt und entscheidend für unsere Wirtschaftsführung ist nicht mehr das allein, was in Galizien oder in Böhmen, in Ungarn oder in Tirol vor sich geht, wir sind abhängig geworden von den großen Bewegungen der Weltwirtschaft. Von dieser Abhängigkeit können wir uns umfoweniger befreien, als unsere Bevölkerung, wie früher gezeigt, über das Maß der eigenen Ernährungsmöglichkeit hinauswächst und wir uns in dem Consum von Kaffee und Thee, von Reis und Cacao, von Farbstoffen und Beleuchtungsmaterial, von Baumwolle und Seide, an die Einfuhr überseeischer Waren gewöhnt haben. Auch der zähste Vertreter der alten Ordnung der Gebundenheit ist genöthigt, sich täglich bei seinem Frühstück in Widerspruch mit seiner Theorie zu setzen.

An diese primären reihen sich secundäre Erscheinungen an, die, ohne in der Entwicklung der früheren Zeit gefehlt zu haben, in der Periode der Gewerbefreiheit einen besonderen Anstoß erhalten haben: individuelle Wohlstands- und Vermögenserhöhungen und das zunehmende Uebergewicht des Geldcapitals. Daß im Verlaufe der letzten Jahrzehnte sich große Vermögen gebildet haben, ist zweifellos. Wir können aber doch auch hiefür nicht einen vollen Beweis, sondern nur einen Indicienbeweis führen. Es betrug z. B. der Bruttomietzins aller vermieteten Gebäude in den Reichsrathsländern 1856: 51 Mill. Gulden ö. W., das in Gebäuden angelegte Vermögen hatte daher circa einen Wert von 1000 Mill. Gulden, 1892 war jener Mietzins 199 Mill. Gulden, der Capitalswert der Gebäude daher circa 4 Milliarden. Der städtische Realbesitz hat mithin eine Steigerung von 300 Procent erfahren. Das der Erbschaftsbesteuerung unterzogene bewegliche Vermögen kann nach der Steuerleistung (1·7 Mill. Gulden) 1853 auf 62·3 Mill. Gulden veranschlagt werden, im Jahre 1892 (Steuerbetrag 6·9 Mill. Gulden) belief es sich aber auf 253 Mill. Gulden. Gewiß sind dies, wie ich ausdrücklich hervorheben will, individuelle Vermögensbildungen, die uns über den gesammten Zustand der Wohlhabenheit der Bevölkerung nichts aussagen, aber sie

beweisen, daß viele Einzelne im Laufe der Entwicklung zu Reichthum und gesellschaftlicher Macht emporgestiegen sind. Daß diese Bewegung eine gewaltige Steigerung nicht nur der Masse des Geldcapitals herbeiführte, sondern auch zugleich des Einflusses, den dieses auf die Gestaltung der Productionsbedingungen wie der Vertheilung des Volkseinkommens ausübt, ist sicher. Im Jahre 1830 gab es in Oesterreich erst 9 Actiengesellschaften, im Jahre 1850 erst 35 inclusive der Eisenbahnen, 1860 44, darunter aber 12 Eisenbahnen, die restlichen 32 Actiengesellschaften verfügten über ein Grundcapital von 69 Millionen Gulden und über 30 Millionen in Pfandbriefen und Prioritäten. Im Jahre 1893 zählen wir 399 Actiengesellschaften (ohne Eisenbahnen) mit einem Grundcapital von 703 Millionen Gulden und 403 Millionen in Pfandbriefen und Prioritäten. Bis in die Mitte des Jahrhunderts gab es in Oesterreich überhaupt nur eine Creditanstalt, die Nationalbank. Erst 1853 wurde die n.-ö. Escompte-Gesellschaft, 1856 die Creditanstalt und 1859 die Triester Commercialbank gegründet. Gegenwärtig verfügen in Oesterreich 53 Bankinstitute über ein Gesamtcapital von über 1100 Millionen Gulden. Zählen wir hiezu die Sparcassen, die im Laufe von 50 Jahren, 1842 bis 1893, von 25 auf 460 gestiegen sind und gegenwärtig etwa 1500 Millionen Gulden Guthaben der Interessenten zu verwalten haben, so sehen wir, wie gewaltig die Menge des Geldcapitals gestiegen ist, das befruchtend auf die Organisation von Unternehmungen und auf ihren intensiven Betrieb einzuwirken vermag, dem Sparenden die Möglichkeit gewinnbringender Anlage sichert, aber andererseits auch in alle Betriebe umbildend und dadurch störend eingreift. Daß sich unter diesen Umständen auch die finanzielle Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft dem Staate gegenüber gehoben hat, ist nicht zu verwundern. Das Budget des österreichischen Kaiserstaates für 1850 wies 270 Millionen Gulden in der Ausgabe nach, 1890 war es auf 1000 Millionen gestiegen, und während die Schuldenlast jenes Jahres im Betrage von 1600 Millionen Gulden kaum zu tragen war, trägt der österreichische Kaiserstaat heute die Schuldenlast von 9000 Millionen Gulden fast, wie es scheint, ohne Bürde.

Die Aenderungen in der Verfassung der österreichischen Volkswirtschaft sind demnach in der That nicht geringe, sie springen uns scharf in die Augen, wenn wir einst und jetzt auch nur in skizzenhaftem Bilde einander gegenüberstellen.

War früher jedem durch seine Geburt und die ordnende Gewalt

der Obrigkeit seine Stellung in der Volkswirtschaft und Gesellschaft angewiesen worden, so ist sie jetzt das Ergebnis der Bethätigung im freien Wettbewerb. War früher der Eine vom Anderen getrennt durch Recht und Ordnung sowohl, wie durch Sitte und Herkommen, der Bauer vom Grundherrschaft, der unzünftige vom zünftigen, der zünftige Meister vom Fabrikanten, der Lehrling vom Gesellen, der Geselle vom Meister, der Kleinhändler vom Großhändler, so sind sie jetzt alle gleich und sich gegenseitig nicht untergeordnet, sondern nur durch freien, von gleichberechtigten Contrahenten geschlossenen Vertrag verknüpft. Ueber den Inhalt des Vertrages hinaus haben sie keine gegenseitigen Rechte und Pflichten, sie sind niemandem verantwortlich für ihr Thun und Lassen, bezw. alle den gleichen gesetzlichen Schranken unterworfen. Bewegte sich früher die Masse der Wirtschaftsbetriebe im kleinen Kreise und localen Verkehr, im Rahmen der Gewohnheit und des täglichen Bedürfnisses, ohne den Ansporn, den die Möglichkeit der Erlangung von Vermögensmacht, von gesteigertem Lebensgenuß und gesellschaftlichem Ansehen gewährt, so ist jetzt der schöpferischen Phantasie und dem Wagemuth keine Schranke gezogen und jedes Unternehmen möglich, für das der Einzelne seine Thatkraft und sein Capital einsetzen will. War früher die Güterversorgung der Gesamtheit durch den geringen Umfang und die geringe Intensität der Production, durch den Mangel an Gelegenheiten für einen freien und erweiterten Tauschverkehr ohne Fülle auf irgend einem Gebiete und ohne den Reiz der Mannigfaltigkeit und die Conjunction daher überall auf der Stufe des localen Herkommens, so ist gegenwärtig auf wichtigen Gebieten die Production ins Große und Massenhafte gesteigert, und die fremden Culturnationen, ja der ganze Erdball sind in den Bereich unserer Wirtschaft gezogen. Hunderterlei neue Bedürfnisse sind geweckt und auch der einfache Bürger ist an Dinge gewöhnt, die einst den Lauenen der Großen zu dienen bestimmt waren. Große Vermögen haben sich in einer neuen Schichte der Gesellschaft gebildet. Der Reichthum ist vom Lande in die Städte gezogen und die Bevölkerung folgt ihm nach. Der Staat hat einen Theil seiner früheren Macht aufgegeben und doch ist er stärker denn je und vermag große Unternehmungen mit einer Sicherheit des Erfolges durchzuführen, die früher selbst kleinen Actionen gefehlt hat.

Bedeutet dieser Umschwung eine Besserung in der Lage der Bewohner? Ich stehe nicht an zu erklären, daß dies meines Erachtens thatsächlich der Fall ist. Wir können eine vermehrte Production und

Consumtion auf allen Gebieten des gemeinwirtschaftlichen Bedarfes, eine Verbesserung des Straßenwesens, Verbesserungen im Städtebau, bessere Beleuchtung, bessere Canalisierung, bessere Unterrichtsanstalten, bessere Spitäler erblicken. Aber auch die individuelle Haushaltung weist zweifellos eine Erhöhung des Consums auf. So betrug der Zuckerconsum 1847 in Oesterreich nur 299.000 Mtc., 1892 aber 2,450.000 Mtc. An Kaffee wurden in jenem Jahre eingeführt 114.000 Mtc., 1892 367.000 Mtc. Der Bierconsum ist seit 1851 auf das Dreifache gestiegen. Die Preise von Weizen und Roggen sind gleich geblieben oder gefallen, der Tagelohn aber ist gestiegen, so daß in den Vierzigerjahren 9, in den Siebzigerjahren 7, in den Achtzigerjahren 5 Arbeitstage nothwendig waren, um einen Hektoliter Brotgetreide zu kaufen.

Mit diesem Hinweis auf eine allgemeine Tendenz zur steigenden Lebenshaltung, dessen Bedeutsamkeit immerhin einer näheren Untersuchung wert wäre, möchte ich aber keineswegs die Klagen über das Unzureichende der Lebenshaltung der Mehrheit der Bevölkerung in der Gegenwart abgethan oder auch nur in ihrer Bedeutung erschüttert haben. Der Einzelne hat ein Recht, nicht bloß gemessen zu werden mit dem der Vergangenheit abgenommenen Maßstabe, er braucht sich nicht als Schlusspunkt einer vorausgegangenen Entwicklung zu betrachten, so wenig wir ihm zumuthen dürfen, daß er sich nur als Durchgangspunkt für eine künftige Entwicklung ansieht. Wenn möchte es wohl ein besonderes Maß von Befriedigung gewähren, wenn er sich abends zu Bette legt, zu denken, daß noch im 15. Jahrhundert der deutsche Bürgerstand nackend geschlafen hat und Fürstinnen Fürsten einzelne Hemden zum Geschenke machten. Eine einfache Beobachtung lehrt, daß die Mehrheit der Menschen noch in unbefriedigenden Zuständen lebt, und daß es eine der größten Anstrengung würdige Aufgabe ist, die technischen Machtmittel der Zeit, der gesellschaftlichen und staatlichen Organisation zur Verbesserung von Zuständen anzuwenden, die wir als unwürdige empfinden.

Wir dürfen daher bei einer Betrachtung der Veränderungen, welche in unserer Wirtschaftsverfassung im 19. Jahrhundert vor sich gegangen sind, nicht nur das sehen, was der Umschwung der Dinge geleistet hat, sondern wir müssen unser Augenmerk auch auf das lenken, was er nicht geleistet hat, sei es, weil Staat und Gesellschaft von den Machtmitteln der neuen wirtschaftlichen Organisation den richtigen Gebrauch zu machen nicht genügend befähigt waren, sei es, weil die

Bedürfnisse der Menschen über die freie Wirtschaftsverfassung hinaus nach einer neuen Ordnung drängen, jene mithin Problemen gegenübersteht, welche sie nicht lösen kann. Dafs eine oder beide dieser Voraussetzungen zutreffen werden, das kann man an der tiefen Unzufriedenheit bemerken, die in der Bevölkerung herrscht, und in dem inneren Zerfall der Parteien zum Ausdruck kommt, die seit einem Menschenalter in Oesterreich die öffentliche Meinung gebildet und das staatliche Leben beeinflusst haben. Es wäre eine besondere Aufgabe, dieser Erscheinung nachzuforschen und den vielfachen Widerspruch aufzudecken, der heute zwischen den Parteien im Parlamente und den geistigen Strömungen der Bevölkerung einerseits und zwischen diesen beiden Factoren des öffentlichen Lebens und der Tagespresse, die zwischen ihnen vermitteln sollte, andererseits besteht. Es würde sich zeigen, wie mächtig heute die wirtschaftlichen Fragen die nationalen und politischen Machtstellungen durchkreuzen und wie wenig jene Aenderung des wirtschaftlichen Lebens, die wir beobachtet haben, zur Stetigkeit und Ruhe geführt hat. Deutlich können wir erkennen, dafs der gegebene Zustand unserer Wirtschaftsverfassung nicht ein abgeschlossenes System des gesellschaftlichen Lebens bedeuten kann, dafs die Kräfte, die ihn gebildet haben und jene, die er aus sich heraus geboren hat, noch weiter wirken werden, um die Uebelstände, die wir im Augenblick empfinden, zu beseitigen.

Noch hat sich der Gedanke der Gleichberechtigung der Staatsbürger nicht eingelebt, die Vorstellung des Herrschens und Dienens ist noch lebendig. Es sind erst wenige Jahrzehnte seit der rechtlichen Anerkennung der neuen Grundlagen unserer Wirtschaftsverfassung verflossen. Noch wird in einzelnen Theilen Oesterreichs gerobotet, natürlich nicht auf Grund rechtlicher Verpflichtungen, sondern auf Grund des Herkommens und der Gewohnheit. Die Forderung der Arbeiter nach gleichberechtigter Mitwirkung beim Arbeitsvertrage wird abgelehnt, die Consequenzen der formellen Gleichberechtigung sind noch auf vielen Gebieten, namentlich in den Fragen der politischen Machtvertheilung nicht gezogen. Einzelnen Gruppen der Gesellschaft sind auf Grund traditioneller Vorstellungen Rechte und Machtstellungen eingeräumt, für deren Ausübung ihnen die innere Berechtigung bereits fehlt. Wir sehen den überwiegenden Einflufs des großen Grundbesitzes in der Gesetzgebung und in der Verwaltung, während seine wirtschaftliche und persönliche Bedeutung gesunken ist. Dagegen entbehren das Bürgerthum und

die ihnen wirtschaftlich angegliederten Gruppen von Arbeitern des entsprechenden Einflusses, nicht zum mindesten deshalb, weil sich innerhalb ihrer selbst widerstreitende Interessen gebildet haben, durch welche sie politisch gespalten sind. Wo dieser Widerstreit sich auf dem Gegensatz von Besitz und Nichtbesitz aufbaut, entsteht jene Classentrennung, deren Anfänge wir auch in Oesterreich bei der organisierten Arbeiterschaft der Industrie beobachten können. Bei den daraus hervorgehenden Kämpfen geben, vermöge des zurückgebliebenen Zustandes unseres öffentlichen Lebens, übergroße Vorsicht und Ueberschätzung der Bedeutung radicaler Meinungsäußerungen häufig zu verwaltungspolitischen Maßnahmen Anlaß, die den Grundsatz staatsbürgerlicher Gleichheit ernstlich in Frage stellen.

Ein zweiter Grund der allgemeinen Unzufriedenheit dürfte darin liegen, daß die Entwicklung der Produktionszweige, der Betriebsformen, der Vermögen, des Wohlstandes eine ungleiche und unregelmäßige gewesen ist und noch ist. Deutlich sehen wir dies bei der Entwicklung der gewerblichen Großproduction. Deren Anwachsen ist vielfach so rasch erfolgt, daß gleichartige kleinere Betriebe plötzlich verdrängt wurden und ihnen eine Anpassung an die neu geschaffene Lage durch die Verwandlung in Handelsgeschäfte, in Hilfgeschäfte oder durch Anwendung an neue Produktionszweige vielfach unmöglich gemacht worden ist. Daß die individuellen Wohlstandsverhältnisse sich nicht gleichmäßig verbessert haben, zeigt uns die Gegenüberstellung von Stadt und Land. Das letztere hat sicherlich nicht mit der Steigerung der Consumtionsfähigkeit der Städte gleichen Schritt gehalten. Ferner sind die festen Einkommen der Beamten und die nur langsam der Entwicklung der Preise folgenden Löhne nicht so gewachsen und haben eine Verbesserung der Lebensbedingungen keineswegs in dem gleichen Maße möglich gemacht, wie dies für die freiwerbenden Erwerbsclassen möglich geworden ist, weil vertheuernde Absatzorganisationen, Steuern, Erhöhung der Mietzinse einen Theil der nominellen Einkommenserhöhung wieder weggenommen haben. Gewiss ist endlich die relative Spannung der Besitzverhältnisse wenn nicht etwa gar noch schlechter geworden, so doch sicherlich nicht ausgeglichen worden und das Maß, in welchem die Ärmsten hinter den Reichsten zurückbleiben, und damit eine Hauptquelle des persönlichen Mißbehagens ist gewiss nicht beseitigt worden.

Ein drittes Moment von entscheidender Bedeutung ist, daß zweifellos für alle wirtschaftlichen Existenzen die Unsicherheit größer

geworden ist durch den mit dem Wachsen der Bevölkerung gesteigerten Wettbewerb auf allen Gebieten, durch die vorbezeichnete stoßweise Entwicklung und durch den Zusammenhang der wirtschaftlichen Vorgänge im Inneren der Staaten mit den Bewegungen des Weltmarktes.

Die Folge dieser Thatfachen sehen wir alle: das Abströmen der Bevölkerung vom Lande und die Verstärkung des Zuges in die Stadt; die Steigerung der Intensität des Concurrrenzkampfes mit theilweiser absoluter Verschlechterung der Lebenshaltung; häufigere Declassierung Einzelner oder ganzer Gruppen; relative Verschlechterung der Lage derer, die ihren Wohlstand nicht in gleichem Maße wachsen sehen, wie andere; Hemmung auch der Großproduction durch Störungen des Weltmarktes oder des inneren Abzuges.

Diese Lage hat einen eigenthümlichen Widerspruch hervorgerufen. Unsere Wirtschaftsverfassung ruht, wie wir gesehen haben, auf der Grundlage der persönlichen Freiheit und Selbstverantwortlichkeit. Unsere politische Verfassung hat denselben Grundgedanken ausgebaut. Die kräftigsten Tendenzen unseres öffentlichen Lebens drängen darnach, diesem Grundsatz auf dem ganzen weiten Gebiete der Verührung der Individualinteressen mit dem Staate zur vollkommenen Geltung zu verhelfen und es ist vielleicht die sicherste Voraussagung, die wir machen können, daß unter dem erziehenden Einflusse der allgemeinen Schulpflicht und Wehrpflicht das Selbstbewußtsein der Bevölkerung erstarken und die politische wie sociale Anerkennung der Gleichberechtigung der Staatsbürger auf Grund ihrer persönlichen Freiheit erreichen wird. Und doch sehen wir gleichzeitig, wie von allen Seiten Eingriffe des Staates und daher Beschränkungen der individuellen Freiheitsphäre verlangt werden. Die gewerblichen Arbeiter streben nach Sicherstellung ihres Arbeitsverhältnisses, nach Erhöhung ihres Einkommens, nach Bildung und Wissen; die bäuerlichen Wirtschaften nach Erhaltung lohnender Absatzgebiete für ihre Producte und Eröffnung neuer Wirtschaftsformen; die Handwerker nach Erhaltung ihres Kundentrefes oder Ueberleitung in lohnenden Großbetrieb; die Großbetriebe nach Beseitigung vernichtender Concurrenzen und regelmäßigem Gange der Production; der Handel nach Sicherung auswärtiger Absatzgebiete; die Consumenten nach Schutz vor Ausnützung durch das Geldcapital und falsche Zwischenhandelsorganisationen. Ueberall soll der Staat mithelfen durch Zwangsvorschriften und durch Belehrung, durch zweckmäßige Verwaltung der eigenen Wirtschaft und durch internationale Abmachungen. Kann aber

die Freiheit der Individuen und die Thätigkeit des Staates gleichzeitig ausgedehnt werden? Das ist das Grundproblem, vor das uns die Änderungen unserer Wirtschaftsverfassung geführt haben, das zu lösen die Aufgabe der nächsten Zukunft sein wird. Es gehört grenzenloser Optimismus und ein beinahe kindlicher Glaube an die Vollkommenheit der menschlichen Natur dazu, um zu meinen, daß wir uns über dieses Problem hinwegzusetzen vermöchten durch irgend eine Schablone — etwa politischer Demokratismus und wirtschaftlicher Staatssozialismus oder politischer, wie wirtschaftlicher Liberalismus — oder daß wir es durch einfache staatspolitische Maßnahmen lösen könnten. So widerspruchsvoll es klingen mag, so ist es doch gewiß richtig, daß heute eine erfolgreiche Staatsthätigkeit eine umfassende, von Bildung und Energie getragene Selbstthätigkeit der Staatsbürger zur Voraussetzung hat. Denn das ist der große Unterschied in der Intervention des Staates in früherer Zeit und heute, daß er einstmals von oben herab Jedem das Seine — nach gerechtem Ermessen oder nach politischen Interessen, aber jedenfalls auf Grund seiner Entscheidung — zumaß, während das heute durch die Größe, Mannigfaltigkeit und weite Verflechtung der wirtschaftlichen Interessen ausgeschlossen ist. Seinerzeit haben die Organe des Staates als Vertreter der distributiven Gerechtigkeit ihres Amtes gewaltet. Jetzt ist ihre Aufgabe eine bescheidenere und doch reichere: der Staat steht dem Volke nicht mehr als eine fremde Macht gegenüber, es bildet in einer organischen Einheit selbst den Staat, die Staatsdiener sind seine Diener, d. h. sie haben ihr Wissen, ihr Können, ihr Handeln den Interessen der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen; sie haben anzuregen, zu belehren, zu warnen, die zerstreuten Interessen zu sammeln, beim Widerstreite die Interessen zu vermitteln und als Organe der Einheit dem Zerfall der Bevölkerung in einzelne gegensätzliche Gruppen vorzubeugen, sie haben die als gemeinsame Grundbedingung aller Wirtschaften oder bestimmter Wirtschaftsgruppen erkannten Gebiete zu verwalten. In diesem weiten Bereich können sie nur dann fruchtbar wirken, wenn die Interessenten selbst tüchtige Wirte sind. Und je mehr sie dies sind, je mehr sie selbst ihre Angelegenheiten in die Hand nehmen und vom Staate nur eine unterstützende, nicht eine dirigierende Thätigkeit in Anspruch nehmen, desto weniger wird sich seine Intervention im Widerspruch mit den Forderungen nach persönlicher Freiheit und Selbstverantwortlichkeit befinden. Je weniger aber sie selbst zu thun beabsichtigen, desto mehr

muß naturgemäß die Freiheitsphäre der Individuen eingeschränkt werden, und desto weniger nützlich wird die Staatsthätigkeit den Einzelnen sein, weil vom Staate immer nur ein Minimum der Fürsorge erwartet werden kann. Denn sobald der Einzelne vom Staate Versorgung beansprucht, stößt er auf den Widerspruch aller Andern, die ja als Theil des Staates die Kosten dieser Versorgung mitzutragen haben. So wird als entscheidend für die künftige Entwicklung unserer Volkswirtschaft doch die Arbeit angesehen werden müssen, die die Einzelnen an sich selbst verrichten. Die ordnende, ausgleichende und umbildende Thätigkeit des Staates wird erst in zweiter Linie stehen. Vor allem aber müssen wir von ihm verlangen, daß er sich als Diener aller Bevölkerungsschichten fühle und daß er nicht die Selbstentwicklung durch unnöthige Beschränkungen der persönlichen Freiheit hemme. Von den Individuen müssen wir andererseits erwarten, daß sie erkennen, daß die Zukunft nicht nur davon abhängt, daß die Einzelnen Rechte erlangen, sondern wesentlich auch davon, daß in ihnen das Bewußtsein socialer Pflichten wach wird. Die freiwillige, auf besserer Erkenntnis des gemeinen Nutzens beruhende Unterordnung der Einzelnen unter allgemeine Ziele, die Hingabe der eigenen Persönlichkeit an größere Gemeinschaften, mit denen und durch welche sie ihren eigenen Nutzen gefördert finden, bleibt das unentbehrliche ethische Element jedes socialen Fortschrittes.



